

Staatskanzlei Rheinland-Pfalz | Postfach 38 80 | 55028 Mainz

LSVD-Bundesverband
Herrn Axel Hochrein
Hülchrather Straße 4
50670 Köln

Peter-Altmeier-Allee 1
Eingang Deutschhausplatz
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-4771
Mail: Poststelle@stk.rlp.de
www.stk.rlp.de

31. Juli 2015

Mein Aktenzeichen
74000-1/15
Bitte immer angeben!

Ihr Schreiben vom
29. Mai 2015

Ansprechpartner/-in / E-Mail
Dr. Michael Rahe
michael.rahe@stk.rlp.de

Telefon / Fax
06131 16-4073
06131 16-4713

Sehr geehrter Herr Hochrein,

haben Sie vielen Dank für Ihr Schreiben vom 29. Mai 2015 an Frau Ministerpräsidentin Malu Dreyer. Die Ministerpräsidentin hat mich gebeten, Ihnen zu antworten.

Sie weisen zutreffend darauf hin, dass bereits vor zwei Jahren ein Gesetzentwurf zur Öffnung der Ehe für homosexuelle Paare im Bundesrat beschlossen worden ist (Drucksache 196/13). Diesen Entwurf hatte Rheinland-Pfalz initiiert und er wurde im Bundesrat mehrheitlich beschlossen. Diese Initiative fiel Monate später durch die Bundestagswahl der sogenannten Diskontinuität anheim, da der Bundestag sich vor der Wahl nicht mit dem Gesetzentwurf befasst hatte.

Rheinland-Pfalz hat - ganz in dem von Ihnen angesprochenen Sinne - mit einer erneuten Initiative wieder einen Gesetzentwurf zur Öffnung der Ehe für homosexuelle Paare in den Bundesrat eingebracht (Drucksache 273/15). Dieser Initiative sind die Länder Brandenburg, Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen beigetreten.

Zudem hat das Land Niedersachsen eine EntschlieÙung auf den Weg gebracht, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, die weiterhin bestehende Benachteiligung gleichgeschlechtlicher Paare zu beenden und eine vollständige Gleichbehandlung der Ehe von gleich- und verschiedengeschlechtlichen Paaren herzustellen (Drucksache 274/15). Dieser EntschlieÙung ist das Land Rheinland-Pfalz beigetreten.




Der Bundesrat hat in seiner Sitzung am 12. Juni 2015 die Entschließung mit Mehrheit gefasst und den Gesetzentwurf zur weiteren Beratung an die Ausschüsse verwiesen.

Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz wird sich auch weiterhin aktiv für die vollständige Gleichstellung von Lesben und Schwulen einsetzen, so wie es Ihr Verband seit langem fordert. Die noch immer geltende und in Recht und Gesetz gegossene Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität passt nach Auffassung der Landesregierung von Rheinland-Pfalz nicht in unsere moderne Gesellschaft.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag


Dr. Michael Rahe